

HARTZ IV

Wohnraum wird überprüft

Die Regelungen zum Wohnraum für Hartz-VI-Empfänger will Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) überprüfen. Dies kündigte Sarrazin gestern an und bezog sich damit auf den Landesrechnungshof, der die Unterkunftsleistungen des Landes Berlin als unangemessen hoch und rechtswidrig kritisiert hatte. Jährlich zahlt Berlin 1,4 Milliarden Euro für den Wohnraum von Erwerbslosen, ein Drittel der Summe übernimmt der Bund.

„Wir haben großzügigere Regelungen als andere vergleichbare Städte“, sagte Sarrazin. Er verwies auf eine Untersuchung seiner Verwaltung, wonach die Wohnraumkosten in Berlin um acht bis 14 Prozent höher liegen als in Dresden, Duisburg, Essen oder Dortmund. Dort sei das Mietniveau ähnlich wie in Berlin. Ein Vergleich mit München oder Stuttgart sei dagegen unzulässig, da die Mieten in diesen Städten höher seien als in der Hauptstadt. Sarrazin hatte schon bei der Einführung der Unterkunfts-Regelungen strengere Maßstäbe gefordert, konnte sich damals aber nicht gegen Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS) durchsetzen. Knake-Werner lehnte auch gestern jegliche Änderungen ab. Man dürfe nicht vergessen, dass viele Menschen in Berlin von Armut bedroht seien, der Senat müsse deren Wohnung sichern. Die PDS-Fraktionschefin Carola Bluhm erklärte: „Die Regelung vermeidet Zwangsumzüge, ist politisch gewollt und spart dem Land Folgekosten.“ Es werde nichts daran geändert, so Bluhm.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) lehnte neue Regeln ebenfalls ab. Es sei „absurd“, Erwerbslose in größerem Umfang in ein Billigwohnungssegment abzu-drängen, zumal diese Wohnungen am Markt gar nicht verfügbar seien, so der BBU. (cri.)

Berlin

HARTZ IV

Wohnraum wird überprüft

Christine Richter

Die Regelungen zum Wohnraum für Hartz-VI-Empfänger will Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) überprüfen. Dies kündigte Sarrazin gestern an und bezog sich damit auf den Landesrechnungshof, der die Unterkunftsleistungen des Landes Berlin als unangemessen hoch und rechtswidrig kritisiert hatte. Jährlich zahlt Berlin 1,4 Milliarden Euro für den Wohnraum von Erwerbslosen, ein Drittel der Summe übernimmt der Bund.

"Wir haben großzügigere Regelungen als andere vergleichbare Städte", sagte Sarrazin. Er verwies auf eine Untersuchung seiner Verwaltung, wonach die Wohnraumkosten in Berlin um acht bis 14 Prozent höher liegen als in Dresden, Duisburg, Essen oder Dortmund. Dort sei das Mietniveau ähnlich wie in Berlin. Ein Vergleich mit München oder Stuttgart sei dagegen unzulässig, da die Mieten in diesen Städten höher seien als in der Hauptstadt. Sarrazin hatte schon bei der Einführung der Unterkunfts-Regelungen strengere Maßstäbe gefordert, konnte sich damals aber nicht gegen Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS) durchsetzen. Knake-Werner lehnte auch gestern jegliche Änderungen ab. Man dürfe nicht vergessen, dass viele Menschen in Berlin von Armut bedroht seien, der Senat müsse deren Wohnung sichern. Die PDS-Fraktionschefin Carola Bluhm erklärte: "Die Regelung vermeidet Zwangsumzüge, ist politisch gewollt und spart dem Land Folgekosten." Es werde nichts daran geändert, so Bluhm.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) lehnte neue Regeln ebenfalls ab. Es sei "absurd", Erwerbslose in größerem Umfang in ein Billigwohnungssegment abzurängen, zumal diese Wohnungen am Markt gar nicht verfügbar seien, so der BBU. (cri.)

Berliner Zeitung, 16.05.2007

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)